

# Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: [www.die-soziale-bewegung.de](http://www.die-soziale-bewegung.de)

Email: [info@die-soziale-bewegung.de](mailto:info@die-soziale-bewegung.de)



Rundmail

21. Juli 2015

## Einladung zum Bundesweiten Treffen am 8. August in Magdeburg Für Griechenland und für uns: - Endlich die Besteuerung des Kapitals wieder durchsetzen!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir laden Euch ganz herzlich zum 65. bundesweiten Treffen

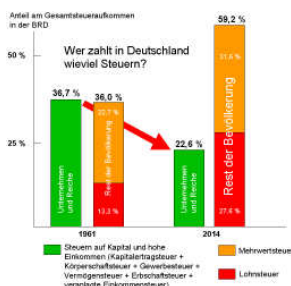
in den Räumlichkeiten des Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND),  
Olvenstedter Straße 10 in Magdeburg ein (rund 500 m vom Bahnhof Magdeburg entfernt).

Zeit: Samstag, 8. August, 12 bis 17 Uhr.

Anreisebeschreibung: <[www.bit.ly/Anreise-BUND-MD](http://www.bit.ly/Anreise-BUND-MD)>

Wir schlagen für den 8. August folgende Tagesordnung vor:

1. Formalia (Begrüßung, Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll), Vorstellungsrunde
2. Nächste Schritte zur Verbreitung der Kampagne 500-10 (steuerfrei)
3. Gewerkschaftstage von ver.di und IG Metall – Möglichkeiten für uns, unsere Ziele zu befördern?
4. Weitere Planungen für das ABSP
5. Aktuelles



(Hintergründe dieser Grafik siehe S. 3)

## OXI! Nein!

Unsere Regierung missachtet nicht nur das Existenzminimum für Erwerbslose und Erwerbstätige, sondern zermalmt durch nackte Erpressung auch das OXI / NEIN der griechischen Bevölkerung und stürzt sie in noch tiefere Verelendung.

Mit der Kraft der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD zeigt Deutschland ganz Europa immer mehr seine hässliche Fratze: Erpresserisch wird der Syriza-Regierung ein Verarmungsprogramm gegen die griechische Bevölkerung aufgezwungen. Bis jetzt half noch nicht einmal die Wahl einer linken griechischen Regierung mit fast absoluter Mehrheit. Auch das noch deutlicher ausgefallene

„OXI“ des Referendums konnte die Walze bis jetzt nicht stoppen: Griechenland soll offenbar in ein Billiglohnland verwandelt werden, mit Lebensbedingungen, wie man sie sonst nur aus sogenannten Entwicklungsländern kennt. Die aufkommende faschistische Gefahr, die auch in Griechenland schon in Form der Partei „Goldene Morgenröte“ Gestalt angenommen hat, kümmert das deutsche Kapital auch in diesem Jahrhundert offenbar nicht.

Die für die ökonomische Erpressung notwendige Kraft hat die deutsche Wirtschaft durch die Einführung von Agenda 2010 und Hartz IV geschöpft. Nirgends in Europa wird auf so hohem Niveau zu so geringen Löhnen produziert wie in Deutschland. Mit den niedrigen Lohnstückkosten kann kein anderes Land mithalten. Griechenland soll durch ein immer jämmerlicheres Lohn- und Lebenshaltungsniveau mit einem Wettlauf in den tiefsten Keller der menschlichen Lebensbedingungen vermarktbar gemacht werden. Was in Deutschland angefangen hat und als Krebsgeschwür in der Gesellschaft wuchert – Harz IV – soll nach Griechenland exportiert werden – aber von dort wird es nach Deutschland zurückkommen. **Wir, das ABSP, kämpfen dagegen in Deutschland für ein Existenzminimum, das dieser Bezeichnung auch entspricht! Je erfolgreicher wir damit bei uns sind, umso mehr helfen wir auch den Menschen in Griechenland:**

Durch den Kampf nicht nur für einen Hartz-IV-Regelsatz von mindestens 500 statt 399 Euro und einen Mindestlohn von mindestens 10 Euro, sondern - im Interesse aller Lohnabhängigen - auch um die Steuerfreiheit des Existenzminimums in dieser Höhe.

Seit 2009 kämpfen die Sozialproteste - das ABSP als Teil eines breiten Bündnisses mit vielen Organisationen und auch Einzelpersonen - mit Aktionen auf der Straße, Unterschriftensammlungen, verschiedenen aufklärenden Flugblättern, Aktionstagen und Aktionsmonaten für diese Forderungen. Teilweise fanden schon in kurzem Zeitraum in mehr als 70 Städten bundesweit Aktionen statt.

**Da hartnäckige Widerstände in den Gewerkschaften und auch der Partei Die Linke bemerkbar wurden – also in Organisationen, von denen man denkt, dass sie diese Forderungen im Interesse der Lohnabhängigen begrüßen sollten –, gingen MitstreiterInnen der Sozialproteste in den letzten Monaten verstärkt dazu über, Anträge in die beschlussfassenden Gremien dieser Organisationen auf Bundesebene einzubringen.**

Inzwischen ist sehr viel in Bewegung gekommen:

### **1. In der Partei Die Linke**

Erfolgreich konnte das ABSP mit seiner Kampagnenpolitik seinen Beitrag dazu leisten, dass auch die Partei DIE LINKE auf ihrem Bundesparteitag in Bielefeld mit deutlicher Mehrheit die Forderung nach Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns beschlossen hat. Diese eigentlich selbstverständliche Forderung ist für einen riesigen Teil der Bevölkerung sehr attraktiv: Schon bei dem jetzigen gesetzlichen Mindestlohn bedeutet sie 900 Euro pro Jahr weniger Steuern, bei 10 Euro Mindestlohn 1.800 Euro! [www.75EuroMehr.de](http://www.75EuroMehr.de)

Leider setzt der Parteivorstand den Beschluss, dass das Existenzminimum von Erwerbstätigen steuerfrei sein muss, bisher jedoch nicht durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit um, sondern hält ihn offenbar für seine politischen Pläne für hinderlich. Er hat lediglich den Leitantrag auf seiner Website veröffentlicht, in welchem die Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns ins Steuerkonzept aufgenommen ist:

[http://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/bielefeld\\_2015/beschluss/2015-06-06\\_bielefelder\\_parteitag\\_fuer\\_eine\\_starke\\_linke.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/bielefeld_2015/beschluss/2015-06-06_bielefelder_parteitag_fuer_eine_starke_linke.pdf)

Beim Parteivorstand besteht scheinbar immer noch die Meinung, die der finanzpolitische Sprecher der Fraktion, **Richard Pitterle**, in seinem Artikel in der jungen Welt vom 4. Juni, zwei Tage vor dem Bundesparteitag, **mitteilte**:

**Wenn das Existenzminimum von Erwerbstätigen nicht mehr besteuert werden dürfe, dann würde der Sozial- und Steuerstaat verarmen. Rund 30 Mrd. Euro würden dem Fiskus fehlen,**

wenn der gesetzliche Mindestlohn steuerfrei gestellt würde, so Pitterle.

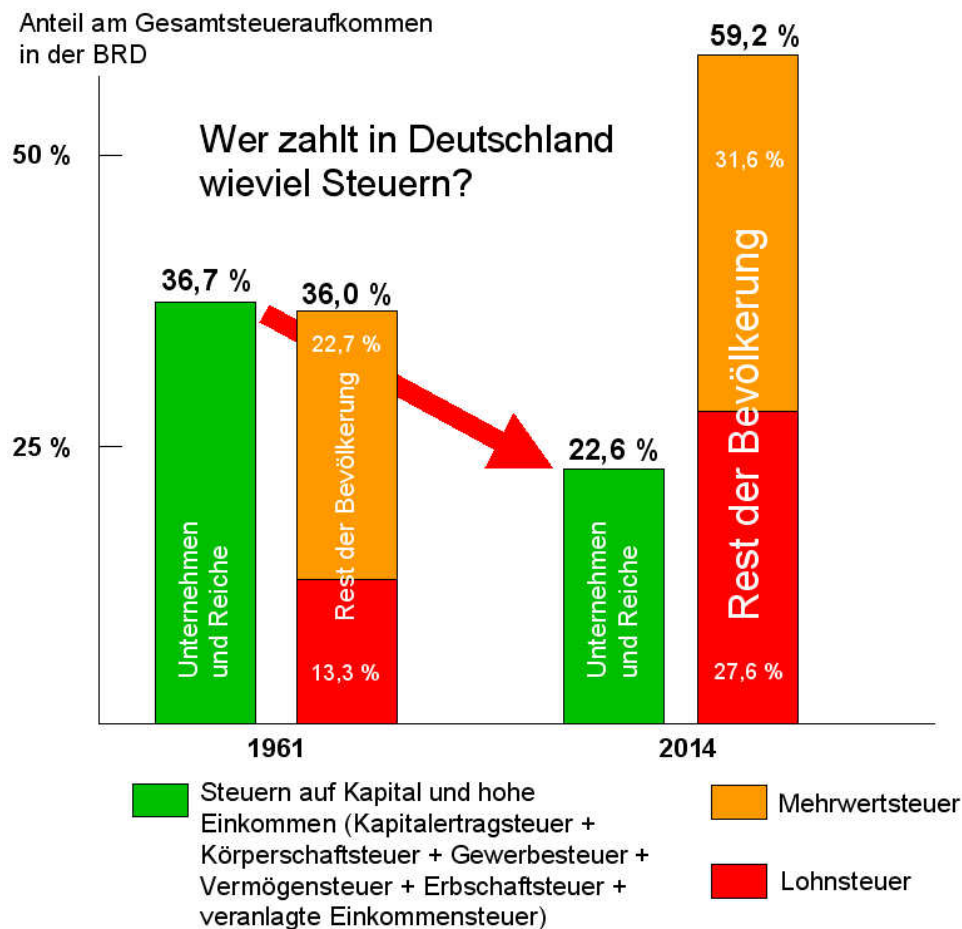
<<https://www.jungewelt.de/2015/06-04/028.php>>

Diese Meinung teilte auch MdB Axel Troost in seinem Versuch einer Gegenrede gegen den Antrag L.1.15 beim Bundesparteitag in Bielefeld mit:

<<https://www.youtube.com/watch?v=FB-z5Sj0H9Y>>

Tatsache ist jedoch, dass die öffentlichen Kassen ausgetrocknet sind, weil Steuern aufgrund umfangreicher gezielter Steuersenkungsprogramme der bisherigen Bundesregierungen immer weniger durch das Kapital bezahlt werden und fast die gesamte Steuerlast auf die Lohnabhängigen abgewälzt worden ist.

Wir haben die Fakten aus den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank in einer Grafik anschaulich gemacht:



Es zeigt sich also, dass die Forderung nach Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns/des Existenzminimums von Erwerbstätigen eine sehr bescheidene Forderung ist. Durch stärkere Besteuerung von Reichen und Unternehmen wäre schnell ein Vielfaches wieder drin.

Alleine die Wiedereinführung der Vermögensteuer würde 80 Mrd. Euro Mehreinnahmen bedeuten. DIE LINKE will in ihrem Steuerkonzept die Körperschaftsteuer lediglich von 15 auf 25 Prozent anheben. Noch 1989 betrug sie jedoch 56 Prozent. Will diese Partei denn nur ein etwas mäßigerer Steuersenker für das deutsche Kapital sein als die ganz große Koalition von CDU bis GRÜNE?

Mehrere Gliederungen der Partei bereiten jetzt vor, mit der Forderung nach Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns offensiv an die Bevölkerung heran zu treten.

## 2. In ver.di

Am 20. bis 26. September 2015 wird der ver.di Bundeskongress in Leipzig stattfinden. Schon mehrere Gliederungen dieser Gewerkschaft haben sich der Bündnisplattform 500-10 (steuerfrei)

angeschlossen. Möglicherweise könnte es auch hier Anträge geben, welche die Forderung nach Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns zur Abstimmung stellen. Teilt uns gerne mit, wenn Ihr Informationen habt, ob es dort entsprechende Anträge geben wird.

### **3. In der IG Metall**

Dem IG-Metall-Gewerkschaftstag vom 18. bis 24. Oktober in Frankfurt/Main liegt ein Antrag für die Forderung nach Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns aus dem Verwaltungsbezirk Südniedersachsen-Harz vor:

<[www.die-soziale-bewegung.de/2015/existenzminimum\\_schuetzen/Antrag\\_steuerfreier\\_Mindestlohn\\_IGM.pdf](http://www.die-soziale-bewegung.de/2015/existenzminimum_schuetzen/Antrag_steuerfreier_Mindestlohn_IGM.pdf)>

Dieser Antrag ist schon in mehreren Bezirken der IG Metall diskutiert worden. Dies sollte bis zum Gewerkschaftstag weiter betrieben werden. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn auch diese Organisation in Gestalt ihres obersten beschlussfassenden Gremiums die Forderung nach Steuerfreiheit des Existenzminimums von Erwerbstätigen beschließt.

Lasst uns beim Treffen am 8. August in Magdeburg über die nächsten Handlungsmöglichkeiten des ABSP sprechen und gemeinsam die nächsten Schritte entscheiden!

Dank finanzieller Unterstützung aus privater Quelle ist eine Erstattung Eurer Reisekosten zum bundesweiten Treffen am 8. August in Magdeburg wie üblich bis zu 75 Prozent der Euch tatsächlich entstehenden Kosten, direkt beim Treffen, möglich.

Nutzt bitte die preiswerteste Fahrstmöglichkeit (in vielen Fällen ist das Wochenendticket am günstigsten) und bildet Fahrgemeinschaften.

**Eingeladen ist wie immer jede und jeder Interessierte.**

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Elstner, Teimour Khosravi, Hans Levy, Sabine Podewin, Volker Ritter, Tommi Sander, Robert Schmiedl, Edgar Schu, Dieter Weider, Walter Michael Wengorz, Helmut Woda

***Kontaktdaten aller Kokreismitglieder:***

<http://www.die-soziale-bewegung.de/kontakt.html>

**Vernetzungsbüro:** Edgar Schu, edgar.schu at die-soziale-bewegung.de, Tel.: 0551 20190386 und Sabine Podewin, soaev at jpberlin.de

Eintragen in/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an [info@die-soziale-bewegung.de](mailto:info@die-soziale-bewegung.de)